



Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
werte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

wie in den Vorjahren geht mein großer Dank an die Finanzverwaltung und hierbei insbesondere an Frau Krieb und Herrn Triller.

Die qualifizierte Erstellung des Haushaltes nebst Beantwortung von Fragen sind wir schon gewohnt; hinzu kommt die Beachtung der -in letzter Zeit ständig steigenden- Vorgaben für die Genehmigung eines Haushaltes ohne Sicherungskonzept. Vielen Dank!

Sperrvermerke: Mittel für Informationen – Transparenz – Zusammenarbeit

Die politischen Gremien sind für konstruktive und zielführende Entscheidungen zum Wohle der Stadt Pohlheim darauf angewiesen, dass sie die hierfür notwendigen Informationen erhalten.

In der Amtszeit von Herrn Bürgermeister Schöffmann bis Januar 2021 ist dies nicht oder nur sehr mangelhaft geschehen.

Nach einer anfänglichen Verbesserung im Jahr 2021 nach dem Bürgermeisterwechsel ist inzwischen wieder ein sehr erhebliches Informationsdefizit festzustellen.

Die Bereitstellung von Informationen führt zu einer sinnvollen, gewünschten Transparenz und ist essenziell für die Entscheidungsfindung.

Die von der Verwaltung gelieferten Informationen müssen bei Berechtigung dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden.

Zur Verbesserung des Informationsflusses und der Transparenz sind von der SPD im Investitionsprogramm zahlreiche Sperrvermerke beantragt worden.

Die SPD erhofft sich von einem besserem Informationsfluss mit steigender Transparenz zugleich eine positivere Zusammenarbeit:

zum einen zwischen der Verwaltung mit dem Bürgermeister und den politischen Gremien;
zum anderen in der Zusammenarbeit aller Fraktionen.

Die Sperrvermerke der SPD sind demzufolge als ein Angebot an die Verwaltung mit dem Bürgermeister zur Unterstützung und zur Förderung der Zusammenarbeit zu verstehen. Zugleich sollte dies zu einer verstärkten Nutzung der im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung gegebenen fachlichen Expertise führen.

Wohnbaugebiete

Die Entwicklung neuer Wohnbaugebiete ist ständiges Thema und begleitet seit mehr als 7 Jahren die haushalterischen Ansätze im Investitionsprogramm.

Aber die Entwicklungsreife zur tatsächlichen Bebauung verzögert sich immer wieder aus den unterschiedlichsten Gründen. Seit dem Jahr 2012 konnten lediglich sehr kleine Baugebiete realisiert werden, die in keiner Relation zu der Baunachfrage stehen, die allein von der Pohlheimer Bevölkerung ausgehen.

Ein gravierender Fehler hierbei war der insbesondere von der CDU getragene Beschluss, das große Baugebiet „Hausen-Ost“ nicht einem Investor zu übertragen, sondern dies in Eigenleistung zu entwickeln.



Es gilt für die Zukunft zu beachten, dass die Belastung der Bauverwaltung in einem zumutbaren Rahmen gehalten wird.

Neben den laufenden Tagesgeschäften hat die Bauverwaltung bereits Großprojekte -wie Neu- und Umbau der Kitas sowie Umbau mit Sanierung des Jugendzentrums- zu bewältigen.

Die quantitativen Arbeitserfordernisse zur gleichzeitigen Entwicklung großer Baugebiete stellen eine extreme Zusatzbelastung dar.

Um diesen negativen Tendenzen entgegenzuwirken, wird die SPD ein Gesamtkonzept zur kurz- und mittelfristigen Entwicklung von Wohnbaugebieten auf den Weg bringen.

Externe Expertise muss bei der Entwicklung zukünftiger Baugebiete eine tragende Rolle einnehmen.

Kita-Gesamtkonzept

Die Umsetzung des Kita-Konzeptes nimmt zu Recht einen hohen Stellenwert ein; dies spiegelt sich in zahlreichen Ansätzen im Haushalt wider.

Der Schaffung neuer Kita-Plätze ist einhellige Zielsetzung des Bundes, des Landes und der Kommunen.

Durch die ständige -zum Teil fragwürdige- Erhöhung der bauleitplanerischen Vorgaben durch Bund und Land wird die Bereitstellung neuer Kita-Plätze wesentlich erschwert und verzögert. Beispielsweise haben Ausgleichsmaßnahmen ihre zwingende Berechtigung und sind von zentraler Bedeutung; sie sollten aber nicht zu einem generellen Verhinderungsinstrument umfunktioniert werden.

Zur schnellstmöglichen Verwirklichung des Kita-Gesamtkonzeptes befasst sich die SPD bei gegebenem Anlass mit dessen Modifizierung und steht auch zielführenden Vorschlägen anderer Fraktionen offen gegenüber.

Die Vorschläge der FW, eine acht-gruppige Kita am Standort „Kirchstr.“ zu reanimieren, sehen wir aus allseits bekannten Gründen als keinen konstruktiven Beitrag an.

Die Vorschläge der CDU sind oftmals parteipolitischer statt voranbringender Natur und stehen dann konträr zum eigentlichen Ziel aller Fraktionen:

Schnelle Schaffung von Kita-Plätzen!

Jugend- und Seniorenpolitik

Den Umbau nebst erforderlicher Sanierungsarbeiten des Gebäudes „Ludwigstr. 37“ zu einem Jugendzentrum muss nach den Vorstellungen der SPD im Jahr 2023 seiner Verwirklichung zugeführt werden.

Zur Beschleunigung der Planungen und der nachfolgenden Baumaßnahmen hat die SPD einen Sperrvermerk beantragt und wird dessen kontinuierliche Abwicklung im Sinne des Projektes progressiv begleiten.

Die von der SPD beantragte Kostenherabsetzung auf 1,5 Mio Euro steht diesen Aussagen nicht entgegen, sondern wird den Blick auf das Wesentliche schärfen.

Im Übrigen ist anzumerken, dass Fördermitteleinnahmen im Haushalt 2023 noch nicht ausgewiesen worden sind; diese werden zu einer Kostenreduzierung beitragen.

Die Anträge von FW und CDU zum Jugendzentrum sind als Verzögerungs- oder sogar Verhinderungsanträge zu werten und waren daher abzulehnen.



Zur Stärkung der Seniorenpolitik und der Arbeit des Seniorenbeirates hat die SPD den Betrag von 5.000 € beantragt.

Sport- und Freizeitanlagen

Entsprechend ihrer Aussagen zur allgemeinen Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung hat die SPD finanzielle Mittel zur Planung und Errichtung eines Multifunktionsgebäudes am Sportplatz „Neumühle“ zum Antrag erhoben.

Die SPD-Sperrvermerke zu dem Multifunktionsgebäude wie auch zum Kunstrasenplatz sollen der Beschleunigung in der Umsetzung dienen.

Als Beispiele im Haushalt zur Förderung von Freizeitanlagen sind zu nennen:

Konzeptionierung zur Gestaltung des Freizeitparks „Tiergarten“ in Garbenteich;
Sanierung Freibad Holzheim.

Steuern und Gebühren

Im Gegensatz zu den permanenten Gebührenerhöhungen von CDU und FW für die Jahre 2016-2021 weist der Haushalt für das Jahr 2023 -wie auch bereits der Haushalt 2022- keine Erhöhung der Steuern und Gebühren aus.

CDU und FW haben behauptet und prognostiziert, dass wegen der Abschaffung der Straßenanliegerbeiträge die Erhöhung von Steuern und/oder Gebühren erforderlich wären.

Diese politische Polemik ist eindrucksvoll und nachhaltig widerlegt.

Haushaltslage

Die positive Finanzlage der Stadt Pohlheim zum 01.01.2023 ist aus folgenden Kennzahlen ersichtlich:

Rücklagen lt. Haushaltsplan von voraussichtlich über 25 Millionen Euro;

liquide Mittel lt. haushaltsrechtlichen Begleitemittlungen von ca. 9,5 Millionen Euro;

vorläufige Jahresrechnung 2021: Positivbetrag von ca. 1,4 Millionen Euro;

vorläufige Jahresrechnung 2022: Positivbetrag von ca. 1,1 Millionen Euro.

Der Haushaltsplan für das Jahr 2023 weist nach zwischenzeitlichen Anpassungen durch den Magistrat im Ergebnishaushalt einen Fehlbetrag von 1.337.878 € aus.

Insbesondere auf Grund der Gewinnvorträge ist die Erstellung eines Haushalts sicherungskonzeptes jedoch nicht erforderlich.

Trotz der anhaltenden Kriegssituation in der Ukraine besteht analog zu den Haushaltsentwicklungen für die Jahre 2021 und 2022 die berechtigte Hoffnung, dass auch der Haushalt für das Jahr 2023 letztlich mit einem positivem Ergebnis abschließen wird.

Fazit zum Haushalt 2023 – Abstimmungsverhalten

Trotz der Krisensituationen in den Jahren 2021 und 2022 ist für die Stadt Pohlheim eine ausgezeichnete Finanzlage zu konstatieren.

Die Anträge der SPD haben einstimmige oder mehrheitliche Zustimmung erfahren.

Die SPD wird daher der Haushaltssatzung 2023 und dem Investitionsprogramm 2023 zustimmen.